erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

FACHINFORMATION 66

Vom Wachstumsoptimismus zum verlorenen Entwicklungsjahrzehnt

Die gefährliche Rolle des IWF in der Krise des Globalen Südens

Gefördert durch die
Europäische Union

Fachinformation 66:
Vom Wachstumsoptimismus zum verlorenen Entwicklungsjahrzehnt – Die gefährliche Rolle des IWF in der Krise des Globalen Südens

Veröffentlichung: 15.12.2020

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 / 46 93 -196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Website: www.erlassjahr.de

Autorin: Kristina Rehbein

Titelbild: V-förmige Wachstumsprognosen, eigene Darstellung

Gefördert durch die Europäische Union

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Der Inhalt des Dokumentes unterliegt der Eigenverantwortung von Citizens for Financial Justice und erlassjahr.de und spiegelt nicht unbedingt die Meinungen der Europäischen Union wider.

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von

und etwa 600 weiteren Mitträgerorganisationen.

Vom Wachstumsoptimismus zum verlorenen Entwicklungsjahrzehnt – Die gefährliche Rolle des IWF in der Krise des Globalen Südens

von Kristina Rehbein

1. Einleitung: Eine Krise wie keine andere

Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation den COVID-19-Ausbruch offiziell zur Pandemie. Wenige Wochen später bezeichnete die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, die globalen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen als „Krise wie keine andere" mit „düsteren Aussichten" für die globale Wirtschaft.[1] Besonders besorgt war sie über die Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Denn auch wenn Corona die ganze Welt betrifft, haben ärmere Länder weniger Spielraum, die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen zu bekämpfen. Infolge der Krisenreaktionen und der notwendigen Lockdowns brach die Wirtschaft vielerorts dramatisch ein: Sinkende Rohstoffpreise führten zu Einnahmeausfällen besonders bei rohstoffexportierenden Staaten, der Tourismus als wichtige Einnahmequelle sowie bedeutende Lieferketten kamen fast zum Stillstand und die Rücküberweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland gingen massiv zurück. Die mit der Rezession verbundenen Unsicherheiten führten im Frühjahr 2020 zu nie dagewesenen Kapitalabflüssen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Schwache Gesundheitssysteme und der begrenzte fiskalische Spielraum erschweren es Entwicklungs- und Schwellenländern zusätzlich, angemessen auf die Krise zu reagieren.

Die G20 reagierten im April rasch mit Schuldenerleichterungen, durch das Angebot eines Schuldenmoratoriums für die 73 ärmsten Länder, die *Debt Service Suspension Initiative (DSSI).*[2] Im Oktober, beim G20-Finanzminister*innen-Treffen, kauften sie mit der Verlängerung des Schuldenmoratoriums bis Juni 2021 weitere Zeit, um sich auf Verfahren für Fall-zu-Fall-Umschuldungen zu einigen. Ziel war ein sogenanntes *Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI*[3], also ein Rahmenwerk für den Umgang mit Überschuldung über die Stundung von Schuldendienstzahlungen hinaus (s. Kapitel 7). Grundlage für die Entscheidung über mögliche Schuldenerleichterungen sollen Einschätzungen des IWF im Rahmen von Schuldentragfähigkeitsanalysen sein. Diese werden damit zu entscheidenden Dokumenten für jegliche Schuldenerleichterung.

Zentral in jeder Schuldentragfähigkeitsanalyse sind kurz- und mittelfristige Vorhersagen zur Entwicklung der Schuldensituation im Verhältnis zum Vermögen des Schuldners, Einnahmen zu generieren, dargestellt in Indikatoren wie der Verschuldung zum Bruttoinlandsprodukt oder zu den Exporteinnahmen. Fehlerhafte Vorhersagen können dabei zu falschen Annahmen über das zukünftige Schuldenniveau führen – und dadurch zu fehlgeleiteten politischen Entscheidungen im Hier und Jetzt. Untersuchungen zeigen, dass Abweichungen von nur einem Prozent zwischen vorhergesagtem und realem Wachstum den Unterschied zwischen einer tragfähigen und einer exponentiell wachsenden Schuldenquote machen können.[4]

---

[1] Vgl. Georgieva, K.: ‚A Global Crisis Like no Other Needs a Global Response Like No Other', https://tinyurl.com/ycmefq7x, 20.04.2020

[2] Siehe umfassende Informationen unter https://erlassjahr.de/kampagne/ein-erlassjahr-zur-bekaempfung-der-corona-krise/, dabei insbesondere ‚Ein Schuldenmoratorium für Corona-betroffene ärmere Länder - erlassjahr.de-Positionspapier 06' vom 21.04.2020, https://tinyurl.com/yxvyal9g, außerdem Stutz, M.: ‚Schuldenrestrukturierung in Corona-Zeiten: Gruppenbasiert, koordiniert – aber letztlich rein symbolisch?' in Schuldenreport 2021 von erlassjahr.de und MISEREOR, öffentlich ab Januar 2021 unter https://erlassjahr.de/produkt-kategorie/schuldenreporte/.

[3] Vgl. ‚Statement - Extraordinary G20 Finance Ministers and Central Bank Governors' Meeting - 13 November 2020', https://tinyurl.com/y4nnemzg (abgerufen am 01.12.2020). Für eine detailliertere Einschätzung aus zivilgesellschaftlicher Sicht vgl. auch https://erlassjahr.de/news/ein-schwarzer-freitag-der-13-fuer-verschuldete-laender/.

[4] Vgl. Independent Evaluation Office of the International Monetary Fund (IEO) (2014): ‚Evaluation Report: IMF Forecasts – Process, Quality, and Country Perspectives', https://tinyurl.com/y3x8mzod (abgerufen am 16.11.2020).

Da die Annahmen und Analysen des IWF – im Unterschied zu denen anderer Akteure – den Zeitpunkt und Umfang von Schuldenerleichterungen mitbestimmen, sind sie zentral für die Überwindung von Schuldenkrisen und damit bei der Frage, ob Entwicklungs- und Schwellenländern ein verlorenes Entwicklungsjahrzehnt droht oder nicht. Daher steht in dieser Fachinformation die problematische Rolle von zu optimistischen IWF-Prognosen für die rasche Lösung von Schuldenkrisen im Vordergrund.

Im Folgenden werden zunächst die aktuellen Annahmen des IWF zur kurzfristigen wirtschaftlichen Erholung in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammengefasst. Unter Zuhilfenahme alternativer Szenarien und externer Kritik wird überprüft, ob die als wahrscheinlich angenommene Entwicklung Anlass für Zweifel gibt. Danach werden anhand historischer Untersuchungen die Hintergründe zur grundsätzlichen Tendenz zu optimistischer Wirtschaftsprognosen dargestellt und es wird aufgezeigt, was diese optimistischen Prognosen konkret für hoch verschuldete Länder bedeuten. Zum Schluss wird die problematische Rolle zu optimistischer Prognosen in aktuellen Schuldenerlassdebatten diskutiert und es werden Empfehlungen gegeben, wie mit realistischeren Prognosen sichergestellt werden kann, dass Länder eine reelle Chance auf Erholung erhalten.

2. Vorhersagen des IWF zur wirtschaftlichen Erholung Post-COVID-19

2.1 IWF-Vorhersagen zwischen April und Oktober 2020

Zu Beginn der Pandemie beschrieben IWF-Ökonomen, dass es unmöglich sei, vorherzusagen, wann nach dem Abklingen der weltweiten Pandemie und unter welchen Voraussetzungen sich die Wirtschaft erholen würde.[5] Aus diesem Grund wurde die Aussetzung des Schuldendienstes im Rahmen der DSSI nicht an eine Schuldentragfähigkeitsanalyse geknüpft.[6] Trotzdem wurden seit April für 106 der 114 Länder, bei denen im Jahr 2020 ein wirtschaftlicher Einbruch absehbar war, für das Jahr 2021 positive Wachstumsraten und damit eine rasche Erholung vorhergesagt. In fast der Hälfte wurde sogar ein den Einbruch vollständig kompensierendes oder sogar überkompensierendes Wachstum vorhergesagt (siehe Tabelle 1, Spalte „Vorhersagen von April bis August 2020“):

[5] Vgl. Gaspar, V. et al: ‚Fiscal Policies to Contain the Damage from COVID-19‘, https://tinyurl.com/vgkmbtt, 15.04.2020 (abgerufen am 16.11.2020).

[6] Vgl. Aussagen des Chef-Ökonomen des Bundesfinanzministeriums beim erlassjahr.de-Fachgespräch: ‚Debt relief as response to the Corona-induced recession‘, https://www.youtube.com/watch?v=pWcJ9atl8Uk&t=5174s (abgerufen am 15.11.2020).

	Kategorie 1: Länder mit (über-)kompen-sierendem Wachstum (V-Szenario)	**Kategorie 2:** Länder mit leichter Erholung	**Kategorie 3:** Länder in wirtschaftlicher Stagnation (L-Szenario)	**Kategorie 4:** Länder mit anhaltender Rezession	**Kategorie 5:** Länder mit positivem Wachstum 2020 und 2021
Vorhersagen von April bis August 2020[7]	55	51	5	3	38
Vorhersagen im Oktober 2020[8]	34	80	10	6	22

Tabelle 1: Vorhersagen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern Post-COVID19[9]
Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Daten des IWF

Erläuterungen zur Tabelle 1

Kategorie 1: Länder, deren Wirtschaft 2020 voraussichtlich eingebrochen ist (negatives Wachstum) und denen 2021 ein den Einbruch vollständig kompensierendes oder überkompensierendes Wachstum vorhergesagt wird (z. B. Vorhersage für Albanien (von April 2020): Einbruch der Wirtschaft im Jahr 2020 um 5 Prozent, Wachstum der Wirtschaft im Jahr 2021 um 8 Prozent).

Kategorie 2: Länder, deren Wirtschaft 2020 voraussichtlich eingebrochen ist (negatives Wachstum) und denen 2021 ein positives Wachstum von mindestens 1,1 Prozent vorhergesagt wird, bei denen dieses Wachstum den Einbruch 2020 also nicht voll kompensiert (z. B. Vorhersage für Fidschi (von Oktober 2020): Einbruch 2020 um 21 Prozent, Wachstum 2021 11,5 Prozent).

Kategorie 3: Länder, deren vorhergesagtes Wirtschaftswachstum 2021 zwischen -1 und +1 Prozent liegt (z. B. Vorhersage für Nicaragua (von April 2020): Einbruch 2020 um 6 Prozent, vorhergesagtes Wachstum 2021 0 Prozent).

Kategorie 4: Länder, deren Wirtschaft nach 2020 auch 2021 einen Einbruch verzeichnet (z. B. Vorhersage für Palau (von Oktober 2020): Einbruch 2020 um 11,4 Prozent, weiterer Einbruch 2021 um 7,4 Prozent).

Kategorie 5: Länder, die trotz globaler Rezession 2020 voraussichtlich positives Wachstum verzeichnen und für die 2021 ein weiterer Wachstumsanstieg prognostiziert ist (z. B. Vorhersage für Uganda (von April 2020): Wachstum 2020 um 3,7 Prozent, 2021 um 5,7 Prozent).

Im August sowie erneut im Oktober sahen sich IWF-Ökonom*innen und die IWF-Direktorin dazu veranlasst, vor der drohenden Gefahr eines verlorenen Entwicklungsjahrzehnts in armen Ländern, ausgelöst durch die sich weiter zuspitzende Schuldensituation und daraus folgende Staatspleiten, zu warnen. Während der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober 2020 sprach die IWF-Direktorin von einem langen, unstetigen und vor allem unsicheren Aufstieg nach der Pandemie.[10]

[7] 114 Entwicklungs- und Schwellenländern wurde für das Jahr 2020 ein Wirtschaftseinbruch (negatives Wachstum) vorhergesagt, 38 Länder verzeichneten nur einen Rückgang des weiterhin positiven Wachstums. Bei den Kategorisierungen handelt es sich um eigene Berechnungen auf der Grundlage von Vorhersagen in individuellen Schuldentragfähigkeitsanalysen, die der IWF für ärmere Länder zwischen April und August 2020 angefertigt hat, oder (bei den Ländern, für die es noch keine neuen Schuldentragfähigkeitsanalysen gab) um Vorhersagen aus dem „World Economic Outlook April 2020" (WEO April). Siehe Anhang 1.

[8] Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Vorhersagen im „World Economic Outlook October 2020" (WEO Oktober).126 Entwicklungs- und Schwellenländern wurden für das Jahr 2020 ein Wirtschaftseinbruch (negatives Wachstum) vorhergesagt, 26 Länder verzeichneten nur einen Rückgang. Siehe Anhang 2.

[9] Die Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Berechnung der vorhergesagten Kompensation des wirtschaftlichen Einbruchs von 2020 auf 2021 in 152 Entwicklungs- und Schwellenländern, für die Vorhersagen getroffen wurden. Siehe Anhang 1 und 2 für die einzelnen Länderdarstellungen.

[10] Vgl. Georgieva, K.: ‚The Long Ascent: Overcoming the Crisis and Building a More Resilient Economy' https://tinyurl.com/y5b7u3xx, 06.10.2020 (abgerufen am 16.11.2020).

Diese Rhetorik spiegelt sich in den aktualisierten Wachstumsvorhersagen zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober jedoch nur teilweise wider (siehe Tabelle 1, Zeile „Oktober 2020“ und Abbildung 1). Insgesamt 90 Prozent aller Länder, die 2020 einen Einbruch erwarten, sollen sich 2021 wieder auf dem Pfad der wirtschaftlichen Erholung befinden. Noch immer wird einem Viertel der Länder, die 2020 von einem Wirtschaftseinbruch betroffen sind, ein mindestens den Einbruch vollständig kompensierendes oder sogar überkompensierendes Wachstum vorhergesagt.

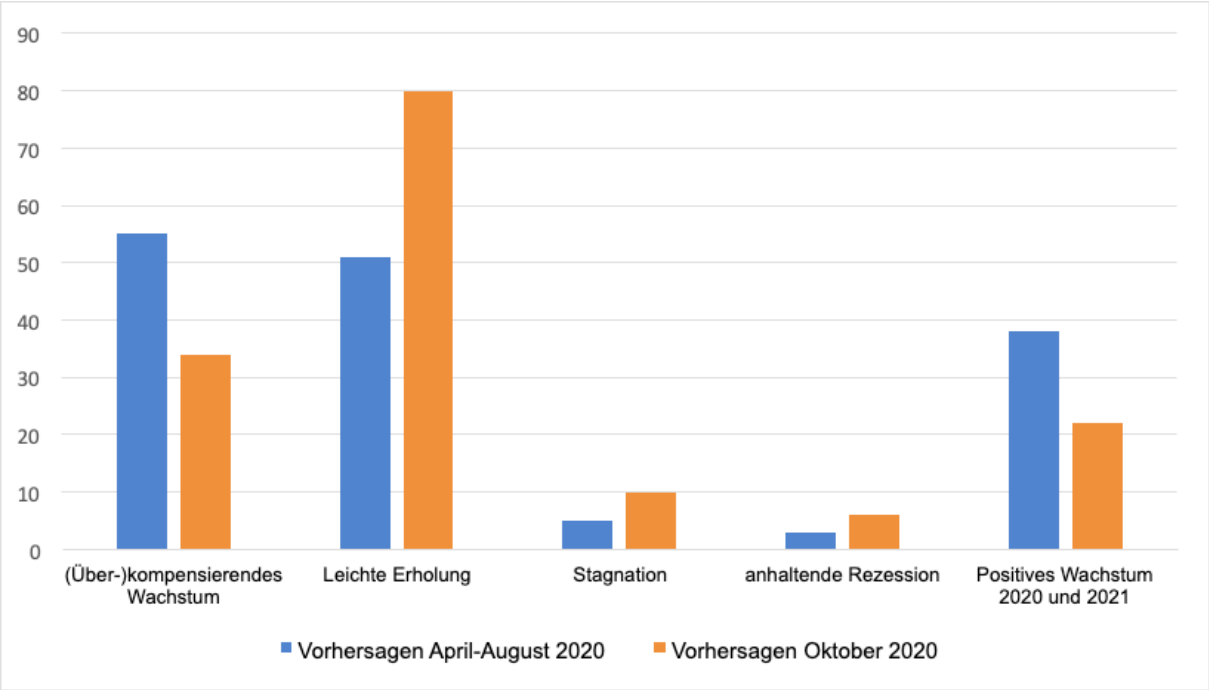

Abbildung 1: Vergleich Vorhersagen zur kurzfristigen wirtschaftlichen Erholung in Entwicklungs- und Schwellenländern April-August gegenüber Oktober 2020 (Anzahl der Länder)
Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Daten des IWF

Immerhin zeigt ein Vergleich der Vorhersagen im Frühjahr und im Herbst (Abbildung 1), dass der IWF mit seinen Vorhersagen für die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung deutlich vorsichtiger geworden ist. Die Institution musste damit nur wenige Monate nach den ersten Vorhersagen eingestehen, dass diese deutlich zu optimistisch waren. Studien zeigen, dass diese Systematik typisch ist: Im WEO-Oktober werden Vorhersagen für das Folgejahr im Vergleich zu Vorhersagen für den gleichen Zeitraum im April-WEO realistischer.[11] Logisch – denn je näher der Vorhersagezeitraum rückt, desto mehr Informationen zu den kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen liegen vor. Allerdings führt die Präzisierung im Oktober grundsätzlich zu schwächeren Aussichten für das Folgejahr. Eine Untersuchung des *Independent Evaluation Office* des IWF zu WEO-Wachstumsvorhersagen zeigt, dass zwischen 1991 und 2011, in Bezug auf Länder, die in diesem Zeitraum eine Wirtschaftskrise erlebt haben, Wachstumsvorhersagen im April-WEO für das Folgejahr im Mittel 6,27 Prozentpunkte zu optimistisch waren, im Oktober-WEO „nur noch“ 5,73 Prozentpunkte. Vorhersagen für das laufende Jahr waren im Frühjahr für Krisenländer 3,69 Prozentpunkte zu optimistisch, im Oktober 1,52 Prozentpunkte.[12]

Es bleibt abzuwarten, ob die Vorhersagen für 2021 in den nächsten Monaten erneut nach unten angepasst werden.

[11] Vgl. IEO 2014, S. 20, pt. 59. Nimmt man alle Länder, also auch diejenigen ohne Krise im Untersuchungszeitraum, liegen die Abweichungen für das Folgejahr im April-WEO bei 0,29 Prozentpunkten und im Oktober-WEO bei 0,20 Prozentpunkten.

[12] Ebd., Tabelle 1, Seite 19.

2.2 Corona-Rezession nicht ausreichend in Vorhersagen berücksichtigt

In der ersten Kategorie der Tabelle 1, die sich auf Länder bezieht, denen ein den 2020-Einbruch mindestens kompensierendes Wachstum für das Jahr 2021 vorhergesagt wird, befinden sich bei den Oktober-Vorhersagen 21 Länder, die sich für die DSSI qualifizieren.[13] Für einen Großteil der DSSI-Länder fertigt der IWF Bewertungen des Überschuldungsrisikos in seinen regelmäßigen Schuldentragfähigkeitsanalysen an. Für sieben der 21 Länder hat der IWF schon vor der Pandemie ein mittleres, für sieben weitere ein hohes Überschuldungsrisiko ausgesprochen.[14] Ein mittleres Überschuldungsrisiko wird dann gesehen, wenn die Verschuldung in dem vom IWF als wahrscheinlich angenommenen Basisszenario im tragfähigen Rahmen ist, unter einem Schock-Szenario – wie etwa dem Fall von Rohstoffpreisen aufgrund der Corona-Rezession – aber kritisch wird. Ein hohes Überschuldungsrisiko bedeutet, dass selbst die als wahrscheinlich angenommene Entwicklung der Volkswirtschaft ein Überschreiten kritischer Grenzwerte im Vorhersagezeitraum erwarten lässt.

Gerade für Länder, die bereits vor der Pandemie ein hohes Überschuldungsrisiko aufwiesen, kann ein derart gigantischer und beispielloser Schock wie Corona den letzten *tipping point* für eine Schuldenkrise bedeuten. Ein gutes Beispiel hierfür ist Sambia, das vor der Pandemie bereits ein hohes Überschuldungsrisiko aufwies und als eines der ersten Länder im November 2020 seine Zahlungen einstellen musste. Trotzdem wird für die sieben Länder, die nach Einschätzung des IWF schon vor der Pandemie kurz vor einer Schuldenkrise standen,[15] eine rasche wirtschaftliche Erholung ein Jahr nach Beginn der Pandemie prognostiziert – und das, obwohl das Virus, anders als im April und Mai angenommen, noch immer weltweit zu hohen Infektionszahlen führt. Damit wird das wahrscheinliche Risiko einer Schuldenkrise in den Annahmen offensichtlich nicht eingerechnet.

Im April wurde sowohl in globalen Vorhersagen als auch in einzelnen Schuldentragfähigkeitsanalysen angenommen, dass die Pandemie in der ersten Jahreshälfte 2020 eingedämmt wird und sich die globale Wirtschaft zum Jahresende wieder auf einem robusten Erholungskurs befindet. Angesichts fortwährender beziehungsweise wieder härterer Corona-Maßnahmen legen Annahmen im *World Economic Outlook* (WEO) im Oktober 2020 nun die Verfügbarkeit und Verteilung eines Impfstoffes für die Erholung zugrunde. Weiter wird zwar davon ausgegangen, dass auch 2021 noch Kontaktbeschränkungen nötig sind, diese jedoch im Laufe der Zeit und mit steigender Durchimpfungsrate gelockert werden. Allerdings ist es kaum möglich, Vorhersagen über den weiteren Verlauf zu treffen, der nicht nur von der Zulassung eines Impfstoffes abhängt, sondern auch von der weltweiten Verteilung. Ein alternatives WEO-Szenario[16], welches u. a. davon ausgeht, dass Fortschritte im Kampf gegen das Virus 2021 langsamer vonstatten gehen als erhofft, rechnet deshalb mit deutlich schlechteren Wachstumsaussichten als angenommen und weiter ansteigenden Schuldenindikatoren insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer.

2.3 Externe Kritik an den Vorhersagen

Schon die Vorhersagen des WEO von April 2020 zur wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern im Vergleich zu Industrieländern führte zu Kritik. Ökonom*innen des *Center for Global Development* stellten die im Vergleich zu Industrieländern vorhergesagten milderen Wachstumseinbrüche in Entwicklungs- und Schwellenländern infrage.[17] Pessimistischere Vorhersagen im WEO von Oktober 2020

[13] Siehe Anhang 2.

[14] Vgl. IWF: ‚List of LIC DSAs for PRGT-Eligible Countries', https://www.imf.org/external/Pubs/ft/dsa/DSAlist.pdf, 30.09.2020 (abgerufen am 16.11.2020) und Anhang 2.

[15] Bei den sieben Ländern mit einem hohen Überschuldungsrisiko handelt es sich um Dschibuti, Gambia, Kamerun, Kiribati, Tschad, Tuvalu, Zentralafrikanische Republik.

[16] Vgl. IWF (2020): ‚World Economic Outlook Oktober 2020 – A Long and Difficult Ascent', S. 28-30.

[17] Vgl. Sandefur, J. und Subramanian, A. (2020): ‚The IMF's Growth Forecasts for Poor Countries Don't Match Its COVID Narrative' https://tinyurl.com/yy59yks8 (abgerufen am 16.11.2020). Im WEO April nahm der IWF einen wirtschaftlichen Einbruch bei Industrieländern

bestätigten, dass die April-Vorhersagen für den zu erwartenden Einbruch 2020 in Entwicklungsländern zu optimistisch waren.[18] In einem Artikel im *The Africa Report* kritisierten weitere Ökonom*innen die „wundersame Erholung" von ölabhängigen und gering diversifizierten ärmeren Ländern. Weiter machten sie aufmerksam auf die Diskrepanz zwischen Vorhersagen für mehrjährige Handels- und Haushaltsdefizite bei gleichzeitiger Ankündigung für rasche Erholung des Wirtschaftswachstums 2021.[19]

2.4 Denkbares Negativszenario: Sparpolitik bremst wirtschaftliche Erholung

Die UN Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sieht in ihrem Negativszenario die Gefahr einer sogenannten *Double-Dip*-Rezession. Dies würde bedeuten, dass die Volkswirtschaften nach einem kurzen Aufschwung im Jahr 2021 wieder in eine Rezession stürzen.[20] Die UNCTAD befürchtet dies nicht nur aufgrund später verfügbarer Impfstoffe, sondern vor allem weil die internationale Gemeinschaft nach wie vor nicht die entsprechende multilaterale Unterstützung bereitstellt, um das Ausmaß des Schocks aufzufangen.[21] Aufgrund sich verschärfender Schuldenkrisen und ausbleibender Schuldenerlasse sieht UNCTAD die Gefahr, dass Regierungen schon ab 2021 dazu übergehen müssen, ihre Schuldenlast durch Sparpolitik zu bekämpfen. Dies würde die wirtschaftliche Erholung deutlich verlangsamen. Für das europäische Entschuldungsnetzwerk EURODAD ist dieses Szenario durchaus realistisch: 72 von 80 Ländern, die während der Pandemie Notfinanzierungen erhielten, sind im Rahmen ihrer IWF-Finanzierungsprogramme angehalten, schon ab 2021 zu einer Politik der fiskalischen Konsolidierung zurückzukehren. Zwischen 2021 und 2023 handelt es sich um Einsparungen in Höhe von durchschnittlich 3,8 Prozent des BIP, die Hälfte davon im Jahr 2021.[22] Dies signalisiert zusammen mit der erwarteten Erholung 2021, dass Schuldnerländer durch rasche und große Einsparungen zu Lasten der Bevölkerung die 2020-Krise überstehen können, ohne dass die Gläubiger auf Zahlungen verzichten müssten. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass der IWF gerade bei umfangreichen fiskalischen Sparmaßnahmen das zukünftige Wirtschaftswachstum systematisch überschätzt, indem er die negativen Auswirkungen auf das Wachstum unterschätzt.[23] In der politischen Debatte ist eine kritische Reflektion darüber im Hinblick auf konkrete Post-COVID-19-Programme nicht erkennbar.

Der ehemalige Chef-Jurist des IWF, Sean Hagan, sagte bereits 2017, dass insbesondere wenn die Verschuldung eines Landes nicht mehr tragfähig sei, weitere Sparmaßnahmen das Problem nicht lösen könnten und dass es in diesen Fällen zwingend realistische Wachstumsvorhersagen brauche.[24] Ihnen zugrunde liegen müsse seiner Meinung nach die Erfahrung, dass Volkswirtschaften häufig deutlich mehr Zeit als erwartet brauchten, um sich von Krisen zu erholen. Ein zeitlicher Puffer für länger dauernde Erholungsprozesse ist in den WEO-Vorhersagen jedoch nicht zu erkennen.

---

um 6,1 Prozent an, in Entwicklungs- und Schwellenländern gerade mal um 1 Prozent. Siehe: https://tinyurl.com/yyu3p6h6 (abgerufen am 08.12.2020).

[18] Vgl. Acosta, A.M. und Evans, D. (2020): ‚Six Takeaways from the New Growth Forecasts from the IMF and World Bank', https://tinyurl.com/y5sowzq3 (abgerufen am 16.11.2020). Im WEO Oktober musste die Annahme zum Einbruch 2020 bei Entwicklungs- und Schwellenländern um 2 Prozentpunkte nach unten korrigiert werden, während sie für Industrieländer leicht nach oben korrigiert wurde, siehe https://tinyurl.com/y4y9d3z8 („Growth Projections Table") (abgerufen am 08.12.2020).

[19] Vgl. Bauer, A.: ‚IMF optimism and oil-dependent countries: be wary of sunny projections', 21.04.2020, https://tinyurl.com/y237va2h (abgerufen am 16.11.2020).

[20] Vgl. UNCTAD (2020): ‚Trade and Development Report 2020 – From Global Pandemic to Prosperity for All: Avoiding another lost decade', https://tinyurl.com/y23dhmc3 (abgerufen am 15.11.2020).

[21] UNCTAD schätzte zu Beginn der Pandemie eine Finanzierungslücke in Entwicklungs- und Schwellenländern in Höhe von bis zu drei Billionen US-Dollar.

[22] Vgl. Munevar, D. (2020): ‚Arrested Development – International Monetary Fund lending and austerity post Covid-19', https://tinyurl.com/y5t9v89d (abgerufen am 16.11.2020).

[23] Vgl. Ismail, K. et al (2020): ‚Optimism Bias in Growth Forecasts – The Role of Policy Adjustments', IMF Working Paper WP/20229, abgerufen am (09.12.2020).

[24] Vgl. Hagan, S. (2017): ‚Dealing with Sovereign Debt – The IMF Perspective', https://tinyurl.com/y3xzvp74 (abgerufen am 16.11.2020).

3. Die historische Tendenz des IWF zu optimistischen Wachstumsprognosen – und was dies für Schuldnerländer bedeutet

Eine Vielzahl an Studien in den letzten 20 Jahren, ob von unabhängiger Seite oder vom IWF und der Weltbank selbst, zeigt historisch gesehen eine Tendenz des IWF zu optimistischen makroökonomischen Vorhersagen,[25] vor allem bei Vorhersagen der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung und in Bezug zu ärmeren Ländern.[26] Dies hat zur Folge, dass die Schuldentragfähigkeit überschätzt,[27] bzw. der Anstieg von Schuldenindikatoren unterschätzt wird,[28] gerade in den Ländern, die bereits kurz vor oder in einer krisenhaften Situation sind.[29]

Die fehlerhafte Einschätzung zukünftiger Schuldentragfähigkeit führte in der Vergangenheit dazu, dass die Notwendigkeit für Umschuldungen und Erlasse für die wirtschaftliche Erholung zu spät (an)erkannt wurde und zur Wiederherstellung von Schuldentragfähigkeit häufig einzig fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen empfohlen wurden, die dann jedoch zur weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation führten.[30]

Die systematische Überschätzung der Rückzahlungskapazitäten von Ländern, die bereits überschuldet waren, hing dabei häufig zusammen mit der Überschätzung der Schnelligkeit der Erholung[31] sowie mit dem Unvermögen, Krisen und Rezessionen vorherzusagen.[32] Im Zeitraum 1990-2016 etwa waren die Prognosen des BIP-Wachstums von Entwicklungsländern für das Folgejahr im Durchschnitt um 0,42 Prozentpunkte zu optimistisch, dies vor allem aufgrund des Unvermögens, wirtschaftliche Einbrüche vorherzusagen.[33] Von mehr als 1.000 Rezessionen in einzelnen Ländern zwischen 1990 und 2016 konnte der *IMF World Economic Outlook* 76 Prozent[34] nicht vorhersehen. In kurzfristigen Prognosen treten besonders während laufender Rezessionen regelmäßig Fehler auf.[35] Beispiele sind der EU-Währungskollaps 1992, die Asienkrise 1997 bis 1998, das Ende der *Dot-Com*-Blase im Jahr 2000 und die globale Finanzkrise 2007 bis 2009.[36]

---

[25] Der IWF-Historiker James Boughton beschreibt die optimistischen Wachstumsvorhersagen in IWF-Anpassungsprogrammen während der Schuldenkrise in Lateinamerika Anfang der 1980er Jahre, vgl. https://tinyurl.com/y2osjsa9 (abgerufen am 20.11.2020); der Ökonom Frank-Oliver Aldenhoff zeigt, dass zwischen 1986 und 2004 in Afrika Wachstum für das Folgejahr um 1,37 Prozentpunkte überschätzt wurde, siehe Aldenhoff, F. (2007): ‚Are economic forecasts of the International Monetary Fund politically biased? A public choice analysis', https://tinyurl.com/yymwsuat (abgerufen am 09.12.2020), S. 12. Weitere Auswahl: IWF (2002): ‚Assessing Sustainability'; Baker, D. und Rosnick, D. (2003): ‚Too Sunny in Latin America? The IMF's overly optimistic growth projections and their consequences'; IWF (2004): ‚Debt Sustainability in Low-Income Countries-Proposal for an Operational Framework and Policy Implications', https://tinyurl.com/y6zovgk5 (abgerufen am 16.11.2020); Timmermann, A. (2006): ‚An Evaluation of the World Economic Outlook Forecasts', WP/06/59, https://tinyurl.com/yydhouw3 (abgerufen am 16.11.2020); IWF (2011): ‚Modernizing the Framework for Fiscal Policy and Public Debt Sustainability Analysis', https://tinyurl.com/y2k9epxz (abgerufen am 16.11.2020); IEO 2014; Mooney, H., de Soyres, C. (2017): ‚Debt Sustainability Analyses for Low-Income Countries: An Assessment of Projection Performance', IMF Working Paper WP/17/220; IWF (2019): ‚2018 Review of Program Design and Conditionality'.

[26] Vgl. IEO 2014.

[27] Vgl. u. a.: IWF 2002; Timmermann, A. 2006; IWF 2011; IEO 2014; Mooney, H. und de Soyres, C. 2017.

[28] Vgl. Guzmán, M. und Heymann, D. (2016): ‚The IMF Debt Sustainability Analysis: Issues and Problems', JGD 2015; 6(2): S. 387–40, https://tinyurl.com/y6dtqg8m (abgerufen am 20.11.2020).

[29] Ebd. sowie IEO 2014. Vgl. auch IWF (2017): ‚Review of the Debt Sustainability Framework in Low-Income Countries: Proposed Reforms', S. 9, pt. 9 und 10: Die IWF-eigene Überprüfung ergab, dass in 40 Prozent der Schuldentragfähigkeitsanalysen zwischen 2007 und 2010 Fehler bei den mittelfristigen Vorhersagen im Umfang von 15 Prozentpunkten auftraten; in 80 Prozent dieser Fälle wurde die Verschuldungslage unterschätzt – insbesondere betraf dies Länder mit einem hohen Überschuldungsrisiko.

[30] Vgl. Guzmán, M. und Heymann, D. 2016.

[31] Ebd.

[32] Vgl. IEO 2014 und IWF 2019. Das Unvermögen, Rezessionen vorherzusagen, ist dabei nicht auf den IWF beschränkt, sondern stellt laut IEO ein grundsätzliches Problem auch bei anderen Institutionen, die Vorhersagen anfertigen, dar.

[33] Vgl. The Economist: ‚Official economic forecasts for poor countries are too rosy', 04.08.2020, https://tinyurl.com/yyudzphx (abgerufen am 16.11.2020).

[34] Vgl. Beaudry, P. und Willems, T. (2018): ‚On the Macroeconomic Consequences of Over-Optimism', NBER Working Paper 24685, https://tinyurl.com/y47ykssw (abgerufen am 20.11.2020).

[35] Vgl. IEO 2014.

[36] Vgl. IWF 2017, S. 15, pt. 15.

Diskrepanzen zwischen den Vorhersagen und realem Wachstum bestehen dabei nicht nur zu Beginn einer Krise. In europäischen Schuldnerländern, vor allem Griechenland, aber auch Spanien und Portugal, wurde zwischen 2008 und 2015 eine rasche, V-förmige Erholung Jahr für Jahr für Jahr fortgeschrieben (ganze acht Mal). Dadurch wurde die Tragfähigkeit der Verschuldung vor allem in Griechenland immer wieder überschätzt, notwendige Schuldenerleichterungen dadurch kleingerechnet.[37]

Ein anderer Grund für fehlerhafte Prognosen, vor allem in Ländern mit einem IWF-Programm, ist die häufig zu optimistische Annahme über die Geschwindigkeit und den Umfang fiskalischer Konsolidierung als Antwort auf steigende Verschuldung,[38] genauso wie die Fehleinschätzung der Auswirkungen fiskalischer Konsolidierung auf das Wirtschaftswachstum. In 133 IWF-Programmen zwischen 2011 und 2017 konnten fehlerhafte Wachstumsvorhersagen zu einem Viertel dadurch erklärt werden.[39] Gut dokumentiert ist die dramatische Fehleinschätzung der destabilisierenden Auswirkungen von staatlichen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in Krisenländern im Fall Griechenland. Durch sie wuchs die Wirtschaft nicht, wie vom IWF angenommen, sondern brach dramatisch ein.[40] Dies wurde im Januar 2013 von IWF-Ökonomen mit der Fehleinschätzung des „fiskalischen Multiplikators" erklärt. An den folgenden Vorhersagen hat dies jedoch trotzdem nichts geändert:

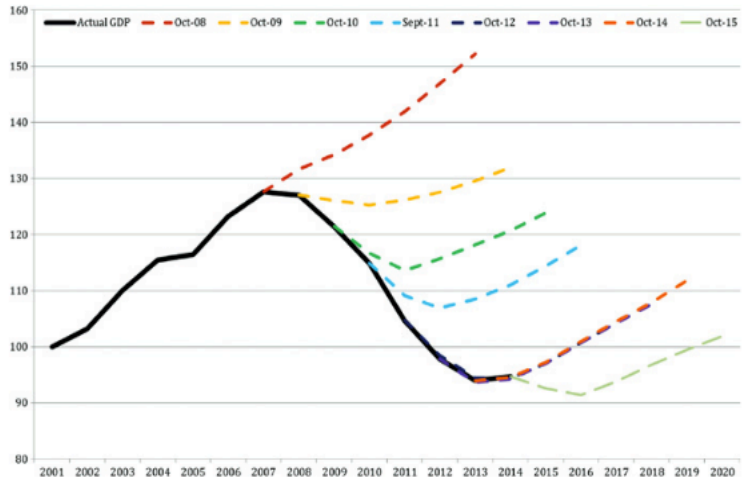

Figure 2: Greece: Actual GDP and IMF's WEO Forecasts Index: 2001=100.

Abbildung 2: Wachstumsvorhersagen und reales BIP-Wachstum für Griechenland zwischen 2008 und 2015
Quelle: Guzmán, M. und Heymann, D. 2016

Ein Grund für fehlerhafte Prognosen ist schlicht, dass niemand die Zukunft vorhersehen kann. Allerdings zeigt sich in allen genannten Untersuchungen, dass fehlerhafte Vorhersagen fast immer zu optimistisch und nur selten zu pessimistisch waren. Untersuchungen versuchen daher, mögliche politökonomische Motive nachzuvollziehen: Ein Werk aus den 1990er Jahren von Kapur et al.[41] und eine neuere Analyse des *Center for Global Development*[42]

[37] Vgl. Kaiser, J. (2012): ‚Die aller-allerletzte Griechenlandrettung im Dezember 2012', erlassjahr.de-Fachinformation Nr. 38, https://tinyurl.com/yyw74pg3 (abgerufen am 16.11.2020) sowie Kaiser, J. (2013a): ‚Griechenland und danach – wie die Krise auch die Retter verändert', erlassjahr.de-Fachinformation Nr. 41, https://tinyurl.com/y2kwwkmo (abgerufen am 26.11.2020).

[38] Vgl. Mooney, H., de Soyres, C. 2017, pt. 33.

[39] Vgl. IWF 2019.

[40] Vgl. Herfort, N. (2013): ‚IWF Selbsteingeständnis: Sparmaßnahmen führen nicht zur Konsolidierung', https://tinyurl.com/y49xvdkb (abgerufen am 09.12.2020) und Blanchard, O. und Leigh, D. (2013): ‚Growth Forecast and Fiscal Multipliers', https://tinyurl.com/mxbqlq4 abgerufen am 20.11.2020).

[41] Vgl. Devesh Kapur et. al (1997): ‚The World Bank: Its first half century', volume 1. Brookings Institution Press.

[42] Vgl. Sandefur, J. und Subramanian, A. 2020.

erklären die Tendenz von zu optimistischen Prognosen in Krisenzeiten damit, dass dadurch der Druck auf reiche Länder für die Bereitstellung zusätzlicher Hilfsfinanzierungen verringert wird. Experten des *Natural Resource Governance Institute* versuchen die optimistischen Prognosen mit der Kreditvergabepolitik des IWF zu erklären, die die Weiterführung von laufenden Programmen oder die Neukreditvergabe an tragfähige Schuldensituationen knüpft.[43] In solchen Fällen rechtfertigen optimistische Vorhersagen also die Praxis des „defensive lending": In eigentlich nicht mehr tragfähigen Situationen machten sie es möglich, dass neue Kreditprogramme bewilligt und somit ausstehende Forderungen pünktlich bedient werden konnten. Auch die Sorge, dass pessimistische Vorhersagen zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden,[44] könnte eine Rolle spielen. Daneben spielt der politische Einfluss wichtiger Anteilseigner und die Durchsetzung ihrer Interessen eine Rolle.[45]

Im Fall Griechenland etwa tauchte in den Schuldentragfähigkeitsanalysen des IWF die Zielgröße einer tragfähigen Verschuldung von 124 Prozent des BIP auf, mehr als das Doppelte der Maastricht-Kriterien. Die hohe Zielmarke hatte nichts mit der Schuldentragfähigkeit von Griechenland zu tun. 124 Prozent waren schlicht ein wenig mehr, als der Wert, den Italien aufwies[46]. Wäre – realistischerweise – ein niedrigerer Wert für Griechenland angenommen worden, hätte argumentiert werden können, dass Italien bereits untragbar verschuldet sei – und der IWF hätte damit keine weiteren Finanzierungen mehr an Italien geben dürfen. Zudem hatten die reicheren EU-Mitglieder Angst davor, dass sich Italien nicht mehr hätte ausreichend refinanzieren können. Auch hatte der IWF auf Druck seiner reichen europäischen Mitglieder seine Regeln geändert, um Griechenland ein Vielfaches der erlaubten Summe als Kredit geben zu können.[47] u. a. auch deshalb, weil deutsche und französische Banken durch eine Insolvenz gefährdet waren. Dadurch wurde jedoch die Insolvenz Griechenlands wissentlich verschleppt.

Untersuchungen, zum Beispiel die des *Independent Evaluation Office* des IWF, haben davon unabhängig gezeigt, dass interne Prozesse zur Überprüfung von Mitarbeiter*innen diese davon abhalten, zu stark von gängigen Vorhersagen abzuweichen. Auch die grundsätzliche Arbeitserfahrung der Mitarbeiter*innen spielt eine Rolle – je unerfahrener, desto fehlerhafter die Vorhersagen.[48]

4. Neuer Realismus in Schuldentragfähigkeitsanalysen

Unter anderem aufgrund der regelmäßigen Kritik an zu optimistischen Annahmen bei der als wahrscheinlich angenommenen Entwicklung eines Schuldnerlandes hat der IWF seine Schuldentragfähigkeitsanalysen über die Jahre immer wieder überarbeitet und dabei auch explizit Maßnahmen ergriffen, um Prognosen realistischer zu gestalten. Den Beginn machte die Einführung von Stress-Szenarien Anfang der 2000er Jahre, die im Laufe der Jahre immer weiter verfeinert wurden; zuletzt wurden 2017 „realism tools" eingeführt, durch die Abweichungen bei den Vorhersagen zum Beispiel im Vergleich zu früheren Schuldentragfähigkeitsanalysen aufgezeigt werden können. Als Teil des Realismus-Checks wird zudem bei den Schuldentragfähigkeitsanalysen für Länder mit Marktzugang die frühere Fehlerrate in Vorhersagen wichtiger Parameter, wie beim BIP-Wachstum, transparent gemacht, genauso wie sich diese Fehlerrate zu den Fehlerraten aller anderen Länder, für die Schuldentrag-fähigkeitsanalysen angefertigt werden, verhält. Im Falle der Schuldentragfähigkeitsanalysen von Barbados von Juni 2020 und Angolas von September 2020 etwa zeigt der Realismus-Check, dass die Fehlerquote bei den Vorhersagen des BIP-Wachstums zwischen 2009 und 2017 bzw. 2007 bis 2015 im Vergleich zu anderen Ländern

[43] Vgl. Bauer, A. 21.04.2020.

[44] Vgl. Dreher A. et. al. (2007): 'The politics of IMF forecasts', https://tinyurl.com/yxk38qkb (abgerufen am 09.12.2020).

[45] Ebd., S. 5 und Fußnote 8.

[46] Vgl. Kaiser, J. 2013a und Kaiser, J. (2013b): ‚Griechenland: IWF plädiert für Schuldenerlass', erlassjahr.de-Fachinformation Nr. 39, https://tinyurl.com/y2w4jeuj (abgerufen am 09.12.2020).

[47] 1.860 Prozent der Quote Griechenlands, dabei hätten Griechenland nur 600 Prozent seiner Quote zugestanden. Siehe Buchter, H.: ‚Griechenlands Tragödie ist der IWF', ZEIT Online, 26.03.2015, https://tinyurl.com/y5vujcda (abgerufen am 09.12.2020).

[48] Vgl. IEO 2014.

relativ hoch ist.[49] Allerdings wird dies in beiden Analysen nicht weiter diskutiert; genauso wenig, welche Schlüsse daraus für die aktuellen Vorhersagen gezogen wurden.
Auch führen die Verfeinerungen offensichtlich nicht zu grundsätzlichen Politikveränderungen. Standardmäßig bleibt die Praxis, bei mittel- und langfristigen Prognosen für Schuldentrends einfach von einer fallenden Kurve auszugehen. Jüngere Untersuchungen der Vorhersage-Praxis nach der globalen Finanzkrise zeigen die Beibehaltung des mittel- bis langfristigen Optimismus, obwohl reale Entwicklungen auch hier erneut und systematisch auf unhaltbar optimistische Annahmen im Hinblick auf die Auswirkungen fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen und Wachstumsgewinne aus öffentlichen und privaten Investitionen hinweisen[50] (siehe Abbildung 3) und obwohl Trends in der globalen Kreditvergabe nach 2008 auf Entwicklungen ähnlich wie vor der sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt" hinweisen – die letztlich mit einer umfassenden Entschuldungsinitiative gelöst werden musste.

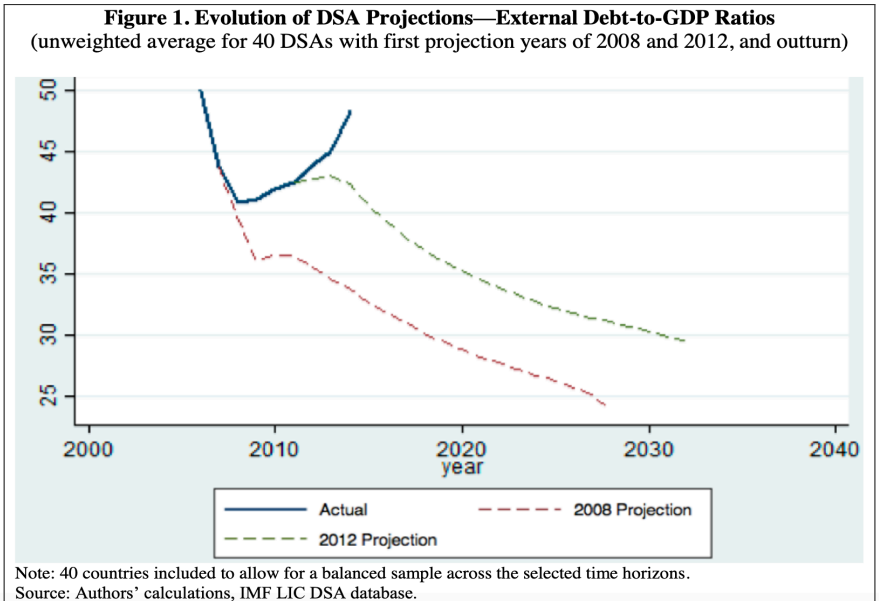

Abbildung 3: Entwicklung der Vorhersagen zur Schuldenquote in 40 Schuldentragfähigkeitsanalysen 2008 und 2012
Quelle: Mooney, H., de Soyres, C. 2017, S. 3

Dies baut auf die nachvollziehbare, aber gleichwohl problematische Logik, dass der IWF von einer minutiösen Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Rezepte ausgehen und diesen ebenso zwangsläufig eine wachstumsfördernde Wirkung zuschreiben muss.

Auch Methoden zur stärkeren Überprüfung der potentiellen Auswirkung von Ausgabenkürzungen im Rahmen fiskalischer Konsolidierung auf das Wirtschaftswachstum, eine Lehre aus der Griechenlandkrise, kann man in neueren Schuldentragfähigkeitsanalysen finden. Doch Untersuchungen zeigen, dass trotz aller „Vorsichtsmaßnahmen" weiterhin ein Zusammenhang gerade bei umfassenden fiskalischen Sparmaßnahmen in

[49] Vgl. ‚IMF Country Report No. 20/192 – Barbados', S. 46, https://tinyurl.com/y56xoz8r (abgerufen am 20.11.2020) und ‚IMF Country Report No. 20/281 – Angola', S. 54, https://tinyurl.com/yy6xq9dy (abgerufen am 20.11.2020). Ein niedriger Prozentrang bedeutet eine vergleichsweise hohe Fehlerquote. Der Prozentrang der Vorhersagefehler bei Barbados zwischen 2009 und 2017 liegt bei 17. Das heißt, bei 83 Prozent aller anderen Länder, für die eine ähnliche Schuldentragfähigkeitsanalyse angefertigt wird, war die Fehlerquote geringer. Im Falle Angolas liegt der Prozentrang bei 5 Prozent, sodass bei 95 Prozent aller anderen Länder, für die eine ähnliche Schuldentragfähigkeitsanalyse angefertigt wird, die Fehlerquote geringer war.

[50] Siehe Mooney, H., de Soyres, C. 2017, S.33. Siehe auch IWF 2019: Zwischen September 2011 und Dezember 2017, in einer Gesamtheit von 133 IWF-Finanzierungsprogrammen, wird ein genereller und programmimmanenter Trend zu Wachstumsoptimismus festgestellt. Die größten Vorhersagefehler waren dabei in politischen bzw. wirtschaftlichen Transformationsländern zu finden, genauso wie in rohstoffexportierenden Ländern. Die jüngste Studie, die bestehenden Optimismus in Wachstumsvorhersagen nach der Globalen Finanzkrise findet, ist von November 2020: Ismail, K. et. al 2020.

IWF-Programmen und optimistischen Wachstumsvorhersagen bestehen bleibt[51] – also weiterhin davon ausgegangen wird, dass die vom IWF geforderten Sparmaßnahmen zu ausreichend hohen Wachstumsraten führen. Zudem ist ein Grundproblem, dass es keine Szenarien gibt, die von der standardmäßigen Empfehlung fiskalischer Konsolidierung als einzig richtige Strategie zur Stabilisierung der Schuldenquote abweichen. Alternative Szenarien, die Umschuldungen und Teilerlasse und ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Erholung sowie Verbesserung von Schuldenindikatoren einbeziehen, gibt es nicht. Gäbe es solche Szenarien, könnte deutlich früher ein Umschuldungsbedarf erkannt werden. Außerdem könnte dadurch ein Anreiz für realistischere Vorhersagen geschaffen werden.

5. Schuldenkrisen Post-COVID-19: Optimistische Vorhersagen wiegen Gläubiger und Schuldner in falscher Sicherheit

Durch zu optimistische Aussichten für eine wirtschaftliche Erholung von Ländern besteht die Gefahr, sich sowohl auf Schuldner- als auch auf Gläubigerseite in Sicherheit zu wiegen. Damit gibt es wenig Anreiz für zeitiges entschiedenes Handeln. Durch die Schaffung des *G20 Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI* zeigt sich, im Unterschied zum Beginn der Pandemie, grundsätzlich der politische Wille seitens der G20, die Möglichkeit von Staatspleiten in einer größeren Anzahl von Ländern und damit nicht nur im Einzelfall anzuerkennen. Bleibt das *Common Framework* nur auf die Länder beschränkt, die Teil der DSSI sind, gilt dieser Anreiz jedoch nicht gleichermaßen für alle Länder, die ein Schuldenproblem haben. Zudem besteht die Gefahr, dass Schuldenerlasse aufgrund von positiven Prognosen zu gering ausfallen und die positive Wirkung fiskalischer Konsolidierung auf Kosten der wirtschaftlichen Erholung, wie schon so oft, überschätzt wird.

Wachstumsoptimismus scheint schon jetzt intrinsischer Bestandteil der IWF-Analysen im Kontext von Not- und Hilfsfinanzierungen seit Beginn der Pandemie zu sein. So wird in mehr als 80 Prozent der seit der Pandemie veröffentlichten Schuldentragfähigkeitsanalysen deutlich angegeben, dass bei den wirtschaftlichen Aussichten die Abwärtsrisiken überwiegen. In keinem Fall wird von einer günstigen Risikobilanz gesprochen. Dies bedeutet, dass die Mehrheit der IWF-Programme seit Beginn der Pandemie ein optimistisches Basis-Szenario zugrunde legen.

In einigen Schuldentragfähigkeitsanalysen seit Beginn der Pandemie gibt es ein neues Alternativszenario, das „*illustrative adverse scenario*". Dieses versucht, die möglichen Abwärtsrisiken, die rund um den Kampf gegen die COVID-19-Pandemie existieren, im Detail zu visualisieren. In der Schuldentragfähigkeitsanalyse für Albanien[52] etwa wird angenommen, dass sich Erfolge im Kampf gegen das Virus zwischen 2021 und 2022 nicht so rasch einstellen, wie im Basis-Szenario angenommen. Dadurch erhole sich der Tourismus nicht wie erhofft und die Finanzierungsbedingungen für europäische Schwellenländer würden schwieriger. Auch wird angenommen, dass sich das Wirtschaftswachstum bei den wichtigsten europäischen Handelspartnern nicht so stark erholt wie erhofft. Die Einführung dieses Szenarios ist ein willkommener Schritt, um angesichts der außerordentlich hohen Unsicherheiten die Schuldentragfähigkeitsanalysen zu verbessern. Allerdings nimmt der IWF in der gleichen Analyse an, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass ein Teil der dem Alternativszenario zugrundeliegenden Parameter eintreten wird, zum Beispiel das schwächere Wachstum bei Handelspartnern.[53] Warum also das Alternativszenario nicht gleich zum wahrscheinlichen Basisszenario machen?

[51] Vgl. Ismail, K. et. al 2020, S. 13-14.

[52] Vgl. ‚Albania – First Post-Program Monitoring, IMF Country Report No. 20/309', https://tinyurl.com/y4vz94z4 (abgerufen am 10.12.2020), ab Seite 39 (Annex III. und Annex IV.).

[53] Ebd., S. 37 Annex II. Risk Assessment Matrix.

Natürlich kann niemand die Zukunft vorhersehen. Vorhersagen sind per se spekulativ und damit nicht viel mehr als ein „informiertes Ratespiel", wenn nicht gar „magische Wahrsagerei"[54]. Diese Dynamik gilt umso mehr in einer Krise, für die es keinerlei historische Präzedenzfälle gibt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich – neben den möglichen Gründen, die in Kapitel 3 beschrieben werden – Wirtschaftsprognosen später als falsch herausstellen. Maurice Obstfeld, ehemaliger Chef-Ökonom des IWF, empfiehlt daher, von Vorhersagen grundsätzlich nicht viel zu erwarten.[55] Die mit den Prognosen vom Frühjahr 2020 einhergehenden Unsicherheiten sind einer der Gründe dafür, dass der IWF für eine Verlängerung der DSSI bis Ende 2021 – und nicht nur für ein halbes Jahr – votiert hat. So soll mehr Zeit gewonnen werden, um kurzfristige wirtschaftliche Entwicklungen präziser einzuschätzen. Problematisch wird es jedoch, wenn die Prognosen die wichtigste politische Entscheidungsgrundlage dafür sind, ob und wie viel Schuldenerlass und weitere internationale Unterstützung ein Land benötigt.

IWF-Chefin Kristalina Georgieva wies im Oktober 2020 darauf hin, dass präventive Schuldenerleichterungen – in anderen Worten: Verhandlungen über umfassende Schuldenerleichterungen, bevor ein Land seine Zahlungen einstellen muss – den Unterschied machen können zwischen wirtschaftlichem Niedergang oder einer schnellen wirtschaftlichen Erholung.[56] Doch die Entscheidung dafür hängt an einer verlässlichen Schuldentragfähigkeitsanalyse. Für die G20 sind sie die Grundlage, um mit Schuldenerlassverhandlungen zu beginnen.[57]

Im Schuldenkrisenfall dienen sie zudem als Vorlage für die Dimensionierung der folgenden Schuldenerlassverhandlungen. Um den Schuldenerlassbedarf zu berechnen, müssen Annahmen über die zukünftigen Rückzahlungskapazitäten des Landes gemacht werden. Gerade weil in der aktuellen Krise Annahmen noch weniger verlässlich sind als in „normalen" Zeiten, könnten Gläubiger dazu neigen, eben nicht präventiv zu agieren, sondern von einer raschen Wachstumserholung auszugehen. Damit müssten Gläubiger heute nur geringe oder gar keine Verluste hinnehmen.

6. Schuldenerlasse Post-COVID-19 – eine Wiederholung der Geschichte?

Genau dies führte in der sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt" in den 1980er- und 1990er-Jahren zu einem Teufelskreis aus immer wieder unzureichenden Umschuldungen und Teilerlassen, wie etwa zu den seriellen Umschuldungen im Pariser Club, einem informellen Gremium, in dem damals 19 Gläubigerregierungen hauptsächlich aus Industrieländern über Schuldenerleichterungen entschieden. Afrikanische Länder mussten damals im Schnitt sieben Mal verhandeln, bevor es zu einer tragfähigen Lösung kam. Währenddessen schrumpfte die Wirtschaftskraft einiger dieser Länder dramatisch. Die zu lange Dauer der Verhandlungen hatte die Krise, aus der sie eigentlich so schnell wie möglich entkommen wollten, für diese Länder nur noch schlimmer gemacht.

Nun droht eine Wiederholung der Geschichte: Bei den abschließenden Beratungen der G20 Finanzminister*innen am 13. November 2020 zum *Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI* konnten sich die G20-Mitglieder nur auf Entschuldung in Form von Zahlungsverlängerungen und Erleichterungen beim laufenden

[54] Vgl. Buchheit, L. und Gulati, M.: ‚Avoiding a Lost Decade - Sovereign Debt Workouts in the Post-COVID Era', 11.10.2020, https://tinyurl.com/y45k6klc (abgerufen am 20.11.2020).

[55] Vgl. The Economist (04.08.2020).

[56] Vgl. Georgieva, K.: ‚Reform of the International Debt Architecture is urgently needed', 01.10.2020, https://tinyurl.com/yxvyw2d9 (abgerufen am 16.11.2020).

[57] Vgl. Aussagen des Chef-Ökonomen des Bundesfinanzministeriums beim erlassjahr.de-Fachgespräch ‚Debt relief as response to the Corona-induced recession' am 25.09.2020, https://www.youtube.com/watch?v=pWcJ9atl8Uk&t=5174s (abgerufen am 16.11.2020).

Schuldendienst einigen. Schuldenstreichungen wurden ausgeschlossen.[58] Das ist exakt die Linie, die der Pariser Club (und damit insbesondere die G7-Staaten) zu Beginn der 1990er Jahre erfolglos verfolgt hatte. Nur wenige Jahre später war der Pariser Club gezwungen, reale Streichungen zu ermöglichen – und diese immer wieder auszudehnen, da die Erlasse zu gering waren, um die sich im Laufe der Zeit aufgrund der Verschleppung verschärfenden Schuldenprobleme vieler Länder in den Griff zu bekommen. Geht man nach der Geschichte, dann besteht heute wieder die Gefahr, dass nicht der reale Erlassbedarf zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit bei den Prognosen zugrunde gelegt wird, sondern das, was mächtige Gläubiger bereit sind, an Konzessionen bereitzustellen.

So war es etwa im Fall Nicaragua im Jahr 1995: Zu Beginn der 1990er Jahre war das durch zwei Bürgerkriege geplagte Nicaragua das relativ gesehen höchstverschuldete Land der Welt. 1990 lag die Verschuldung des Landes im Verhältnis zu seinen Exporteinnahmen bei gigantischen 2.700 Prozent.[59] Nach einer erfolglosen Umschuldung im Pariser Club 1991 wurde das Land im März 1995 erneut im Pariser Club vorstellig und erhielt dort Erleichterungen beim Schuldendienst in Höhe von 67 Prozent sowie eine Stundung der laufenden Zinsen bis Ende 1996. Dies entsprach den seit 1994 gültigen Erlassmöglichkeiten im Pariser Club. Da es fraglich war, ob diese Erlassquote angesichts der dramatischen Schuldensituation die Schuldentragfähigkeit wiederherstellen und damit wirtschaftliche Erholung ermöglichen würde, fragte ein Mitglied des Finanzausschusses im Bundestag bei der Bundesregierung genauer nach. Der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Dr. Jürgen Stark, antwortete, dass die beim Pariser Club vom IWF vorgelegte Zahlungsbilanzanalyse belege, dass, neben kurzfristigen Zinsstundungen, langfristig anstelle eines von Deutschland und anderen Gläubigern beantragten Erlasses von 80 Prozent eine Erlassquote von 67 Prozent ausreiche, um die Schuldentragfähigkeit Nicaraguas wiederherzustellen.[60]

Auf Nachfrage beim IWF, inwieweit angenommen werden könne, dass der Erlassbedarf wirklich ausreiche, erklärte der deutsche IWF-Exekutivdirektor dem gleichen Bundestagsmitglied, dass der IWF angewiesen wurde, „grundsätzlich keinen ‚Erlaßbedarf'" anzunehmen, „sondern nach Rücksprache mit den Gläubigern realistischerweise zu erwartende ‚Erlaßangebote' der Gläubiger in die IWF-Berechnungen eingestellt würden"[61]. Nicaragua verhandelte nach 1995 weitere zwei Male über die gleichen Altschulden, bis es dann im Rahmen der HIPC-Initiative 2004 eine nahezu vollständige Streichung gab – ganze 13 Jahre nach der ersten Verhandlung im Pariser Club; 13 Jahre, in denen die Menschen in Nicaragua kaum eine Chance hatten, ihre Wirtschaft wieder aufzubauen.

[58] Allerdings wird im Framework ein Satz später in umständlicher Weise und in Anerkennung der Realität doch gesagt, dass in „ganz besonderen Ausnahmefällen" Schuldenstreichungen doch möglich sein sollen. Vgl. ‚Statement - Extraordinary G20 Finance Ministers and Central Bank Governors' Meeting - 13 November 2020': "The key parameters will include at least (i) the changes in nominal debt service over the IMF program period; (ii) where applicable, the debt reduction in net present value terms; and (iii) the extension of the duration of the treated claims. In principle, debt treatments will not be conducted in the form of debt write-off or cancellation. If, in the most difficult cases, debt write- off or cancellation is necessary as a consequence of the IMF-WBG DSA and the participating official creditors' collective assessment, specific consideration will be given to the fact that each participating creditor shall fulfill its domestic approval procedures in a timely manner while keeping other creditors informed of progress."

[59] Vgl. International Debt Statistics der Weltbank („External debt stocks (% of GNI)" und „External debt stocks (% of exports of goods, services and primary income)" für den entsprechenden Zeitraum für Nicaragua unter https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators (abgerufen am 01.12.2020).

[60] Brief an den Bundestagsabgeordneten Detlev von Larcher von BMF-Staatssekretär Dr. Jürgen Stark am 13.10.1995.

[61] Fax von IWF-Exekutiv Direktor Stefan Schönberg an Detlev Larcher, MdB, am 29.09.1995.

7. Fazit: Politischer Wille für weitreichende Schuldenerlasse benötigt

Einem strukturellen externen Schock wie der Corona-bedingten Rezession muss mit strukturellen externen Lösungen – dazu zählen vor allem Schuldenerleichterungen – begegnet werden. Interne Anpassungen des Schuldnerlandes allein, also zum Beispiel die Kürzung öffentlicher Leistungen, sind regelmäßig nicht ausreichend. Dies gilt umso mehr, da die wirtschaftliche Erholung auch im als wahrscheinlich angenommenen Szenario des WEO davon abhängt, dass Regierungen über die notwendigen Haushaltsmittel verfügen, um u. a. mit Konjunkturprogrammen ihre Volkswirtschaft zu stützen.

Notwendige Schuldenerleichterungen dürfen dabei nicht durch zu optimistische Grundannahmen in Schuldentragfähigkeitsanalysen verzögert und klein gerechnet werden. Regelmäßig alternative Szenarien aufzunehmen, die aufzeigen, welchen Einfluss Schuldenerlasse gegenüber lediglich fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen auf die Erholung der Wirtschaft und Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit haben, kann dazu beitragen, Umschuldungsbedarfe zeitiger und zuverlässiger zu erkennen.[62] Auch sollte das bereits in einigen Schuldentragfähigkeitsanalysen eingeführte „illustrative adverse scenario" standardmäßig in allen Schuldentragfähigkeitsanalysen angefertigt werden. Sollten Risiken als wahrscheinlich gelten, sollten sie konsequent in das als wahrscheinlich angenommene Basisszenario überführt werden, um die Vorhersagen realistischer zu gestalten.

Die schwachen Vereinbarungen im *G20 Common Framework* in Bezug auf Schuldenstreichungen zeigen zudem nur zu deutlich die Gefahr, dass nicht die Situation des Schuldners, sondern konfliktive Gläubigerinteressen die kommenden Schuldenerlassverhandlungen definieren. Der IWF darf sich nicht zum Komplizen dieser kurzsichtigen Gläubigerinteressen machen und diese durch unrealistische Schuldentragfähigkeitsanalysen auf Kosten der Überlebensfähigkeit des Schuldners legitimieren, wie 1995 in Nicaragua und Mitte der 2000er in Griechenland.

Im Zentrum jeder Schuldenerlassverhandlung steht die Frage, wie der notwendige Schuldenerlass möglichst korrekt errechnet wird. Genau wie Wachstumsvorhersagen ist auch die Berechnung des Schuldenerlassbedarfs, die auf die Vorhersage von Rückzahlungskapazitäten setzt, zu einem gewissen Grad Spekulation. Gerade vor dem Hintergrund einer möglicherweise deutlich langsameren Erholung nach der Corona-Krise stellt jedoch die Gewährung von weniger als den notwendigen Schuldenerleichterungen, das Problem des „too little"[63], ein deutlich größeres Risiko für eine verlorene Entwicklungsdekade dar, als wenn sich rückblickend herausstellt, dass zu viele Schulden erlassen wurden.[64] Im Sinne globaler Stabilität und der aktuellen Unsicherheit, wie sich die wirtschaftliche Lage weiter entwickelt, braucht es den politischen Willen bei Gläubigern sowie beim IWF, Erlasse mit deutlichem Sicherheitspuffer zu berechnen. Etwa indem ein erhöhter Erlassbedarf auf der Basis von Vorhersagen unter extremeren Stress-Szenarien zugrunde gelegt wird. Dies wäre angesichts der Dramatik der Situation ein wichtiger und unbedingt notwendiger Schritt hin zu einer „response like no other", wie sie die IWF-Chefin angemahnt hat.[65]

---

[62] Vgl. Guzmán, M. und Heymann, D. 2016, S. 402.

[63] 2013 beschrieb der IWF das Problem des "too little, too late" im globalen Schuldenmanagement, also dass regelmäßig zu wenig Schuldenerleichterungen gegeben werden, die zudem zu spät kommen, um Schuldentragfähigkeit und Marktzugang wiederherzustellen. Vgl. IWF (2013): ‚Sovereign Debt Restructurings – recent developments and implications for the Fund's legal and policy framework', https://tinyurl.com/y6m3mk87 (abgerufen am 16.11.2020).

[64] Vgl. Buchheit, L. und Gulati, M.

[65] Vgl. Georgieva, K. 20.04.2020.

Anhang 1

Land	Berechnung Verlauf (ausgehend von den Vorhersagen zwischen April und August für die Jahre 2020 und 2021)				IWF-Vorhersagen zwischen April und August (einzelne Schuldentragfähigkeitsanalysen sowie WEO April)		Kategorie (siehe Tabelle 1, Zeile 1)
	2019	2020	2021		2020	2021	
Afghanistan	0,0	-3,0	1,5		-3,0	4,5	1
Albanien	0,0	-5,0	3,0		-5,0	8,0	1
Armenien	0,0	-1,5	3,3		-1,5	4,8	1
Bulgarien	0,0	-4,0	2,0		-4,0	6,0	1
Kamerun	0,0	-1,2	3,3		-1,2	4,5	1
Demokratische Republik Kongo	0,0	-2,2	1,3		-2,2	3,5	1
Komoren	0,0	-1,2	1,9		-1,2	3,1	1
Dschibuti	0,0	-1,0	9,0		-1,0	10,0	1
Dominikanische Republik	0,0	-1,0	3,0		-1,0	4,0	1
Algerien	0,0	-5,2	1,0		-5,2	6,2	1
Fidschi	0,0	-5,8	1,2		-5,8	7,0	1
Mikronesien	0,0	-0,4	1,0		-0,4	1,4	1
Gabun	0,0	-0,4	3,2		-0,4	3,6	1
Georgien	0,0	-4,0	0,0		-4,0	4,0	1
Guinea-Bissau	0,0	-1,5	1,5		-1,5	3,0	1
Guatemala	0,0	-2,0	2,0		-2	4	1
Honduras	0,0	-3,3	1,4		-3,3	4,7	1
Ungarn	0,0	-3,1	1,1		-3,1	4,2	1
Irak	0,0	-4,7	2,5		-4,7	7,2	1

Jordanien	0,0	-3,4	0,2		-3,4	3,6	1
Kasachstan	0,0	-2,5	1,6		-2,5	4,1	1
Kambodscha	0,0	-1,6	4,5		-1,6	6,1	1
St. Kitts und Nevis	0,0	-8,1	0,5		-8,1	8,6	1
Kuwait	0,0	-1,1	2,3		-1,1	3,4	1
Sri Lanka	0,0	-0,5	3,7		-0,5	4,2	1
Marokko	0,0	-3,7	1,1		-3,7	4,8	1
Republik Moldau	0,0	-3,0	1,1		-3,0	4,1	1
Malediven	0,0	-8,1	5,1		-8,1	13,2	1
Marshallinseln	0,0	-0,2	3,0		-0,2	3,2	1
Mazedonien	0,0	-4,0	3,0		-4,0	7,0	1
Mongolei	0,0	-1,0	7,0		-1,0	8,0	1
Mauretanien	0,0	-2,0	2,2		-2,0	4,2	1
Malaysia	0,0	-1,7	7,3		-1,7	9,0	1
Namibia	0,0	-2,5	0,7		-2,5	3,2	1
Oman	0,0	-2,8	0,2		-2,8	3,0	1
Pakistan	0,0	-1,5	0,5		-1,5	2,0	1
Panama	0,0	-2,0	2,0		-2,0	4,0	1
Palau	0,0	-11,9	2,5		-11,9	14,4	1
Paraguay	0,0	-1,0	3,0		-1,0	4,0	1
Katar	0,0	-4,3	0,7		-4,3	5,0	1
Kosovo	0,0	-5,0	2,5		-5,0	7,5	1

Saudi Arabien	0,0	-2,3	0,6		-2,3	2,9	1
Salomon-Inseln	0,0	-5,5	0,1		-5,5	5,6	1
Somalia	0,0	-2,5	0,4		-2,5	2,9	1
Serbien	0,0	-3,0	3,0		-3,0	6,0	1
Surinam	0,0	-4,9	0,0		-4,9	4,9	1
Tschad	0,0	-0,1	6,0		-0,1	6,1	1
Tadschikistan	0,0	-2,0	5,5		-2,0	7,5	1
Timor-Leste	0,0	-3,0	0,8		-3,0	3,8	1
Tonga	0,0	-1,2	0,0		-1,2	1,2	1
Türkei	0,0	-5,0	0,0		-5,0	5,0	1
Tuvalu	0,0	-1,0	2,5		-1,0	3,5	1
Uruguay	0,0	-3,0	2,0		-3,0	5,0	1
Vanuatu	0,0	-3,3	1,6		-3,3	4,9	1
Jemen	0,0	-3,0	3,1		-3,0	6,1	1
Angola	0,0	-4,0	-0,8		-4,0	3,2	2
Argentinien	0,0	-5,7	-1,3		-5,7	4,4	2
Aruba	0	-13,7	-1,6		-13,7	12,1	2
Antigua und Barbuda	0,0	-10,0	-2,0		-10,0	8,0	2
Burundi	0,0	-5,5	-1,3		-5,5	4,2	2
Bahrain	0,0	-3,6	-0,6		-3,6	3,0	2
Bahamas	0,0	-12,5	-4,5		-12,5	8,0	2
Bosnien und Herzegowina	0,0	-5,0	-1,5		-5,0	3,5	2

Weißrussland	0,0	-6,0	-2,5		-6,0	3,5	2
Belize	0,0	-12,0	-4,4		-12,0	7,6	2
Bolivien	0,0	-2,9	-0,1		-2,9	2,8	2
Brasilien	0,0	-5,8	-3,0		-5,8	2,8	2
Barbados	0,0	-11,6	-4,2		-11,6	7,4	2
Botswana	0,0	-9,6	-1,0		-9,6	8,6	2
Chile	0,0	-4,5	-1,2		-4,5	3,3	2
Kolumbien	0,0	-8,4	-4,4		-8,4	4,0	2
Cabo Verde	0,0	-5,5	-0,5		-5,5	5,0	2
Costa Rica	0,0	-3,3	-0,3		-3,3	3,0	2
Dominica	0,0	-4,7	-1,3		-4,7	3,4	2
Ecuador	0,0	-6,7	-2,6		-6,7	4,1	2
Äquatorialguinea	0,0	-5,5	-3,2		-5,5	2,3	2
Grenada	0,0	-9,2	-2,9		-9,2	6,3	2
Kroatien	0,0	-9,0	-4,1		-9,0	4,9	2
Haiti	0,0	-4,0	-2,8		-4,0	1,2	2
Iran	0,0	-6,0	-2,9		-6,0	3,1	2
Jamaika	0,0	-5,3	-1,4		-5,3	3,9	2
Saint Lucia	0,0	-8,5	-1,6		-8,5	6,9	2
Lesotho	0,0	-4,8	-0,9		-4,8	3,9	2
Mexiko	0,0	-6,6	-3,6		-6,6	3,0	2
Montenegro	0,0	-8,7	-3,5		-8,7	5,2	2

Mauritius	0,0	-6,8	-0,9		-6,8	5,9	2
Nigeria	0,0	-3,4	-1,0		-3,4	2,4	2
Nauru	0,0	-1,7	-0,4		-1,7	1,3	2
Peru	0,0	-6,5	-0,7		-6,5	5,8	2
Polen	0,0	-4,6	-0,4		-4,6	4,2	2
Rumänien	0,0	-5,0	-1,1		-5,0	3,9	2
Russische Föderation	0,0	-5,5	-2,0		-5,5	3,5	2
Sierra Leone	0,0	-3,1	-0,4		-3,1	2,7	2
El Salvador	0,0	-5,4	-1,1		-5,4	4,3	2
Sao Tome und Principe	0,0	-6,5	-3,5		-6,5	3,0	2
Swasiland	0,0	-2,3	-1,0		-2,3	1,3	2
Seychellen	0,0	-10,8	-4,3		-10,8	6,5	2
Thailand	0,0	-6,7	-0,6		-6,7	6,1	2
Trinidad und Tobago	0,0	-4,5	-1,9		-4,5	2,6	2
Tunesien	0,0	-4,3	-0,2		-4,3	4,1	2
Ukraine	0,0	-8,2	-7,1		-8,2	1,1	2
UAE	0,0	-3,5	-0,2		-3,5	3,3	2
St. Vincent und die Grenadinen	0,0	-5,1	-1,0		-5,1	4,1	2
Südafrika	0,0	-7,7	-4,3		-7,7	3,4	2
Sambia	0,0	-3,5	-1,2		-3,5	2,3	2
Simbabwe	0,0	-7,4	-4,9		-7,4	2,5	2
Aserbaidschan	0,0	-2,2	-1,5		-2,2	0,7	3

Guyana	0,0	52,8	59,1		52,8	6,3	3
Liberia	0,0	-2,5	-1,8		-2,5	0,7	3
Nicaragua	0,0	-6,0	-6,0		-6,0	0,0	3
Papua-Neuguinea	0,0	-1,5	-1,2		-1,5	0,3	3
Sudan	0,0	-7,2	-10,2		-7,2	-3,0	4
Venezuela	0,0	-15,0	-20,0		-15,0	-5,0	4
Samoa	0,0	-5,0	-6,5		-5,0	-1,5	4
Benin	0,0	3,2	9,2		3,2	6,0	5
Burkina Faso	0,0	2,0	7,8		2,0	5,8	5
Bangladesch	0,0	3,8	9,5		3,8	5,7	5
Brunei Darussalam	0,0	1,3	4,8		1,3	3,5	5
Bhutan	0,0	2,7	5,6		2,7	2,9	5
Zentralafrikanische Republik	0,0	1,0	5,0		1,0	4,0	5
China	0,0	1,2	10,4		1,2	9,2	5
Elfenbeinküste	0,0	2,7	11,4		2,7	8,7	5
Kongo	0,0	2,3	5,7		2,3	3,4	5
Ägypten	0,0	2,0	4,8		2,0	2,8	5
Eritrea	0,0	0,1	6,0		0,1	5,9	5
Äthiopien	0,0	3,2	6,9		3,2	3,7	5
Ghana	0,0	1,5	7,4		1,5	5,9	5
Guinea	0,0	1,4	8,0		1,4	6,6	5
Gambia	0,0	2,5	9,0		2,5	6,5	5

Indonesien	0,0	0,5	8,7		0,5	8,2	5
Indien	0,0	1,9	9,3		1,9	7,4	5
Kenia	0,0	0,8	6,3		0,8	5,5	5
Kirgisistan	0,0	0,4	6,4		0,4	6,0	5
Kiribati	0,0	0,0	2,2		0,0	2,2	5
Demokratische Volksrepublik Laos	0,0	0,7	6,3		0,7	5,6	5
Madagaskar	0,0	1,6	6,4		1,6	4,8	5
Mali	0,0	0,9	4,9		0,9	4,0	5
Myanmar	0,0	1,4	7,4		1,4	6,0	5
Mosambik	0,0	2,2	6,9		2,2	4,7	5
Malawi	0,0	1,0	3,5		1,0	2,5	5
Niger	0,0	1,0	9,1		1,0	8,1	5
Nepal	0,0	1,0	4,5		1,0	3,5	5
Philippinen	0,0	0,6	8,2		0,6	7,6	5
Ruanda	0,0	2,0	8,3		2,0	6,3	5
Senegal	0,0	3,0	8,5		3,0	5,5	5
Südsudan	0,0	4,9	8,1		4,9	3,2	5
Togo	0,0	3,0	7,0		3,0	4,0	5
Turkmenistan	0,0	1,8	8,2		1,8	6,4	5
Tansania	0,0	2,0	6,6		2,0	4,6	5
Uganda	0,0	3,7	9,4		3,7	5,7	5
Usbekistan	0,0	1,5	8,5		1,5	7,0	5

Vietnam	0,0	2,7	9,7		2,7	7,0	5

Anhang 2

Land	Berechnung Verlauf (ausgehend von den Vorhersagen des WEO Oktober 2020 für die Jahre 2020 und 2021)				Vorhersagen des WEO Oktober 2020		Kategorie (siehe Tabelle 1, Zeile 2)	Überschuldungsrisiko laut IWF
	2019	2020	2021		2020	2021		
Bulgarien	0	-4	0,1		-4	4,1	1	
Burkina Faso (1)	0	-2	1,9		-2	3,9	1	mittel
Pakistan (1)	0	-0,4	0,6		-0,4	1	1	
Demokratische Republik Kongo (1)	0	-2,2	1,4		-2,2	3,6	1	mittel
Dschibuti (1)	0	-1	6		-1	7	1	hoch
Eritrea	0	-0,6	5,1		-0,6	5,7	1	
Gambia (1)	0	-1,8	4,2		-1,8	6	1	hoch
Georgien	0	-5	0		-5	5	1	
Guatemala	0	-2	2		-2	4	1	
Guinea-Bissau (1)	0	-2,9	0,1		-2,9	3	1	mittel
Indonesien	0	-1,5	4,6		-1,5	6,1	1	
Kambodscha (1)	0	-2,8	4		-2,8	6,8	1	
Kamerun (1)	0	-2,8	0,6		-2,8	3,4	1	hoch
Kasachstan	0	-2,7	0,3		-2,7	3	1	
Kiribati (1)	0	-1,1	1,9		-1,1	3	1	hoch
Komoren (1)	0	-1,8	1,1		-1,8	2,9	1	mittel
Liberia (1)	0	-3	0,2		-3	3,2	1	mittel
Madagaskar (1)	0	-3,2	0		-3,2	3,2	1	
Malaysia	0	-6	1,8		-6	7,8	1	

Mali (1)	0	-2	2		-2	4	1	mittel
Mazedonien	0	-5,4	0,1		-5,4	5,5	1	
Mongolei (1)	0	-2	4		-2	6	1	
Mosambik (1)	0	-0,5	1,6		-0,5	2,1	1	Im Zahlungsverzug
Paraguay	0	-4	1,5		-4	5,5	1	
Polen	0	-3,6	1		-3,6	4,6	1	
Senegal (1)	0	-0,7	4,5		-0,7	5,2	1	mittel
Serbien	0	-2,5	3		-2,5	5,5	1	
Somalia (1)	0	-1,5	1,4		-1,5	2,9	1	Im Zahlungsverzug
Sri Lanka	0	-4,6	0,7		-4,6	5,3	1	
Tschad (1)	0	-0,7	5,4		-0,7	6,1	1	hoch
Türkei	0	-5	0		-5	5	1	
Tuvalu (1)	0	-0,5	2,5		-0,5	3	1	hoch
Uganda (1)	0	-0,3	4,6		-0,3	4,9	1	
Zentralafrikanische Republik (1)	0	-1	2		-1	3	1	hoch
Afghanistan (1)	0	-5	-1		-5	4	2	hoch
Albanien	0	-7,5	-1,4		-7,5	6,1	2	
Algerien	0	-5,5	-2,3		-5,5	3,2	2	
Angola (1)	0	-4	-0,8		-4	3,2	2	
Armenien	0	-4,5	-1		-4,5	3,5	2	
Barbados	0	-11,6	-4,2		-11,6	7,4	2	
Bolivien	0	-7,9	-2,3		-7,9	5,6	2	

Bosnien und Herzegowina	0	-6,5	-1,5		-6,5	5	2	
Botswana	0	-9,6	-0,9		-9,6	8,7	2	
Burundi (1)	0	-3,2	-0,1		-3,2	3,1	2	hoch
Cabo Verde (1)	0	-6,8	-2,3		-6,8	4,5	2	hoch
Chile	0	-6	-1,5		-6	4,5	2	
Dominikanische Republik	0	-6	-2		-6	4	2	
Fidschi (1)	0	-21	-9,5		-21	11,5	2	
Gabun	0	-2,7	-0,6		-2,7	2,1	2	
Honduras (1)	0	-6,6	-1,7		-6,6	4,9	2	
Indien	0	-10,3	-1,5		-10,3	8,8	2	
Iran	0	-5	-1,8		-5	3,2	2	
Jordanien	0	-5	-1,6		-5	3,4	2	
Katar	0	-4,5	-2		-4,5	2,5	2	
Kirgisistan (1)	0	-12	-2,2		-12	9,8	2	mittel
Kosovo (1)	0	-7,5	-1,5		-7,5	6	2	
Kroatien	0	-9	-3		-9	6	2	
Lesotho (1)	0	-4,8	-0,9		-4,8	3,9	2	mittel
Malediven (1)	0	-18,6	-5,9		-18,6	12,7	2	hoch
Marokko	0	-7	-2,1		-7	4,9	2	
Mauretanien (1)	0	-3,2	-1,2		-3,2	2	2	hoch
Mauritius	0	-14,2	-4,3		-14,2	9,9	2	
Namibia	0	-5,9	-2,5		-5,9	3,4	2	

Peru	0	-13,9	-6,6		-13,9	7,3	2	
Philippinen	0	-8,3	-0,9		-8,3	7,4	2	
Republik Moldau (1)	0	-4,5	-0,4		-4,5	4,1	2	
Rumänien	0	-4,8	-0,2		-4,8	4,6	2	
Russische Föderation	0	-4,1	-1,3		-4,1	2,8	2	
Salomon-Inseln (1)	0	-5	-0,5		-5	4,5	2	mittel
Saudi Arabien	0	-5,4	-2,3		-5,4	3,1	2	
Sierra Leone (1)	0	-3,1	-0,4		-3,1	2,7	2	hoch
St. Vincent und die Grenadinen (1)	0	-7	-3,3		-7	3,7	2	hoch
Thailand	0	-7,1	-3,1		-7,1	4	2	
Timor-Leste (1)	0	-6,8	-2,8		-6,8	4	2	
Tunesien	0	-7	-3		-7	4	2	
Ungarn	0	-6,1	-2,2		-6,1	3,9	2	
Uruguay	0	-4,5	-0,2		-4,5	4,3	2	
Vanuatu (1)	0	-8,3	-4		-8,3	4,3	2	mittel
Weißrussland	0	-3	-0,8		-3	2,2	2	
Antigua und Barbuda	0	-17,3	-12,6		-17,3	4,7	2	
Äquatorialguinea	0	-6	-3,8		-6	2,2	2	
Argentinien	0	-11,8	-6,9		-11,8	4,9	2	
Aruba	0	-19,7	-10,7		-19,7	9	2	
Aserbaidschan	0	-4	-2		-4	2	2	
Bahamas	0	-14,8	-10,2		-14,8	4,6	2	

Bahrain	0	-4,9	-2,6		-4,9	2,3	2	
Belize	0	-16	-8		-16	8	2	
Brasilien	0	-5,8	-3		-5,8	2,8	2	
Costa Rica	0	-5,5	-3,2		-5,5	2,3	2	
Dominica (1)	0	-8,8	-5,5		-8,8	3,3	2	hoch
Ecuador	0	-11	-6,2		-11	4,8	2	
El Salvador	0	-9	-5		-9	4	2	
Grenada (1)	0	-11,8	-8,8		-11,8	3	2	Im Zahlungsverzug
Haiti (1)	0	-4	-2,8		-4	1,2	2	hoch
Irak	0	-12,1	-9,6		-12,1	2,5	2	
Jamaika	0	-8,6	-5		-8,6	3,6	2	
Kolumbien	0	-8,2	-4,2		-8,2	4	2	
Mexiko	0	-9	-5,5		-9	3,5	2	
Mikronesien (1)	0	-3,8	-2,6		-3,8	1,2	2	hoch
Montenegro	0	-12	-6,5		-12	5,5	2	
Nigeria (1)	0	-4,3	-2,6		-4,3	1,7	2	
Panama	0	-9	-5		-9	4	2	
Papua-Neuguinea (1)	0	-3,3	-2,1		-3,3	1,2	2	hoch
Saint Lucia (1)	0	-16,9	-9,7		-16,9	7,2	2	mittel
Sao Tome und Principe (1)	0	-6,5	-3,5		-6,5	3	2	Im Zahlungsverzug
Seychellen	0	-13,8	-9,6		-13,8	4,2	2	
Simbabwe	0	-10,4	-6,2		-10,4	4,2	2	

St. Kitts und Nevis	0	-18,7	-10,7		-18,7	8	2	
Südafrika	0	-8	-5		-8	3	2	
Surinam	0	-13,1	-11,6		-13,1	1,5	2	
Swasiland	0	-3,5	-2,1		-3,5	1,4	2	
Trinidad und Tobago	0	-5,6	-3		-5,6	2,6	2	
UAE	0	-6,6	-5,3		-6,6	1,3	2	
Ukraine	0	-7,2	-4,2		-7,2	3	2	
Sambia (1)	0	-4,8	-4,2		-4,8	0,6	3	hoch
Bhutan (1)	0	0,6	0,1		0,6	-0,5	3	mittel
Kongo (1)	0	-7	-7,8		-7	-0,8	3	Im Zahlungsverzug
Marshallinseln (1)	0	-4,5	-5,4		-4,5	-0,9	3	hoch
Nicaragua (1)	0	-5,5	-6		-5,5	-0,5	3	mittel
Jemen (1)	0	-5	-4,5		-5	0,5	3	mittel
Kuwait	0	-8,1	-7,5		-8,1	0,6	3	
Sudan	0	-8,4	-7,6		-8,4	0,8	3	Im Zahlungsverzug
Äthiopien (1)	0	1,9	1,9		1,9	0	3	hoch
Guyana (1)	0	26,2	34,3		26,2	8,1	3	mittel
Oman	0	-10	-19,5		-10	-9,5	4	
Palau	0	-11,4	-18,8		-11,4	-7,4	4	
Samoa (1)	0	-5	-6,5		-5	-1,5	4	hoch
Südsudan (1)	0	4,1	1,8		4,1	-2,3	4	Im Zahlungsverzug
Tonga (1)	0	-2,5	-6		-2,5	-3,5	4	hoch

Venezuela	0	-25	-35		-25	-10	4	
Ägypten	0	3,5	6,3		3,5	2,8	5	
Bangladesch (1)	0	3,8	8,2		3,8	4,4	5	
Benin (1)	0	2	7		2	5	5	mittel
Brunei Darussalam	0	0,1	3,3		0,1	3,2	5	
China	0	1,9	10,1		1,9	8,2	5	
Demokratische Volksrepublik Laos (1)	0	0,2	5		0,2	4,8	5	hoch
Elfenbeinküste (1)	0	1,8	8		1,8	6,2	5	mittel
Ghana (1)	0	0,9	5,1		0,9	4,2	5	hoch
Guinea (1)	0	1,4	8		1,4	6,6	5	mittel
Kenia (1)	0	1	5,7		1	4,7	5	hoch
Malawi (1)	0	0,6	3,1		0,6	2,5	5	mittel
Myanmar (1)	0	2	7,7		2	5,7	5	
Nauru	0	0,7	2		0,7	1,3	5	
Nepal (1)	0	0	2,5		0	2,5	5	
Niger (1)	0	0,5	7,4		0,5	6,9	5	mittel
Ruanda (1)	0	2	8,3		2	6,3	5	mittel
Tadschikistan (1)	0	1	7		1	6	5	hoch
Tansania (1)	0	1,9	5,5		1,9	3,6	5	
Togo (1)	0	0	3		0	3	5	mittel
Turkmenistan	0	1,8	6,4		1,8	4,6	5	
Usbekistan (1)	0	0,7	5,7		0,7	5	5	

Vietnam	0	1,6	8,3		1,6	6,7	5	
(1): Teil der G20 Debt Service Suspension Initiative								